

BürgerInnenbrief **Mitte**

20. Februar 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Finanzchaos +++ HSH-Nordbank +++ Schlechte Presse? +++ Wilhelmsburger Reichsstr. +++ Merckstift +++ Gedenken

Finanzchaos in Hamburg



Blick aus dem neuen U-Bahn-Zug, der auf der Linie U4 eingesetzt werden soll.

Seit fast einem Jahr habe ich einen Sitz in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Was sind die wichtigsten Erfahrungen?

Zunächst: unvorstellbar für mich das Finanzchaos. Hamburg ist unter der schwarz-grünen Regierung finanzpolitisch nicht in guten Händen. Die Liste der Problemfelder ist lang: Elbphilharmonie, HSH-Nordbank, Hapag-Lloyd, die HafenCity U 4 und der Doppelhaushalt für die Jahre 2009/10. Die offenkundige Inkompetenz in Sachen Finanzen und Wirtschaft prägt auch die Intervention gegen die heraufziehende schwere Wirtschaftskrise.

Wenn ich den Kopf schüttele über die offenkundige Misswirtschaft, dann denken sicherlich viele BürgerInnen, na ja, als Linker muss er dies so sehen. Deshalb sei auf eine ganz unverdächtige Instanz verwiesen: den Landesrechnungshof. Hier verfolgen viele Sachkundige das Handeln der Verwal-

tung. Aus meiner Sicht ist das Urteil der Kontrolleure vernichtend.

Der Landesrechnungshof bestätigt mit seinem jüngsten Jahresbericht meinen Eindruck vom Finanzchaos. So habe der alte CDU-Senat noch vor der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 800 Mio. Euro beschlossen, die nicht im Haushalt gedeckt waren. Der schwarz-grüne Senat habe weitere Ausgaben in ähnlicher Höhe vereinbart, so dass sich die eh schon bestehende Lücke im Investitionshaushalt von 1,6 Mrd. Euro bis zum Ende der Legislaturperiode auf 3,2 Mrd. Euro verdoppelt haben wird. Hinzu kämen jetzt Steuermindereinnahmen infolge der dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise. »Wir werden 2009 nicht 200 Mio. Euro mehr in der Kasse haben, sondern 500 Mio. Euro weniger«, so der Präsident des Landesrechnungshofs, Jann Meyer-Abich.

Das Desaster schwarz-grüner Haushaltspolitik ist z.T. selbst verschuldet. Dies zeigen die Beispiele von Verschwendung, Missmanagement, falscher Prioritätensetzung und undemokratischer Regierungspraxis im Bericht des Landesrechnungshofs.

Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur

Zu den großen Fehlleistungen des Senats gehört aus der Sicht des Landesrechnungshofs die sträfliche Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur. So seien in den letzten Jahren in vielen Bereichen dringend benötigte Investitionen unterlassen worden. »So ist z.B. bei der Universität Hamburg seit vielen Jahren ein Substanzverlust zugelassen worden, dessen Beseitigung nun mehr als 375 Mio. Euro erfordern soll. Dieser Sanierungsbedarf hat sich im Wesentlichen deshalb aufgestaut, weil gemessen an einer werterhaltenden Betrachtungsweise jährlich rd. 2,7 Mrd. Euro für eine nachhaltige Bauunterhaltung fehlten.« Ähnliches gilt auch für öffentliche Grünanlagen und Spielplätze: Legt man bundesweit ermittelte Kennzahlen an, so sind in den letzten zehn Jahren nur knapp die Hälfte der erforderlichen Grundinstandsetzungsmittel und sogar nur ca. ein Viertel des erforderlichen Unterhaltsbedarfs veranschlagt worden. Nicht nur bezogen auf die aktuellen Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieser Senat ein Ausfall, auch schon in den Zeiten konjunktureller Höhenflüge glänzte die Finanzpolitik des bürgerlichen Lagers durch Inkompetenz.

Wundermittel ÖPP?

Als vermeintliches Wundermittel für die Behebung des öffentlichen Investitionsstaus hat der Hamburger Senat Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) entdeckt, die von der Se-

natorin Hajduk gar als »intelligente Form der Privatisierung« angepriesen wurden. Allerdings warnt hier der Rechnungshof: »Wenn der Staat sich konventionell finanzierte Projekte nicht leisten kann, so ist auch eine alternative Finanzierung in öffentlich-privater Partnerschaft kein Allheilmittel. Nur nachgewiesene und haushaltsgerechte Effizienzgewinne können zur Haushaltsentlastung beitragen.«

Auf die Notwendigkeit einer nachprüfbaren Wirtschaftlichkeitsprüfung hatte der Rechnungshof schon in seinem Jahresbericht 2008 im Zusammenhang mit dem Neubau der Katharinschule in der HafenCity hingewiesen. Nach der Prüfung des »Modells Hamburg Süd«, bei dem die GWG Gewerbe in einem ÖPP-Projekt die Sanierung, Erweiterung und das Gebäudemanagement von 32 Harburger Schulen übernommen hat, sieht sich der Rechnungshof in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Weiter moniert der Rechnungshof die undemokratischen Machenschaften des Senats. »Dabei ist es nach unseren Feststellungen zu haushaltsrechtlichen Verstößen gekommen: Mangels Etatreife wurden Verpflichtungen von über 16 Mio. ohne budgetrechtliche Ermächtigung eingegangen, die Gesamtkosten wurden der Bürgerschaft nicht zutreffend mitgeteilt, für ca. 100 Mio. Euro ist die bisherige Veranschlagungsweise haushaltsrechtlich nicht gedeckt.«

Das Aushebeln von Haushaltsrecht und demokratischen Rechten der Bürgerschaft findet sich an vielen Stellen des Regierungshandelns. So wurden etwa bei der Luxus U-Bahn HafenCity Zahlungen in Höhe von rund 91 Mio. Euro für den Bau bereits geleistet, ohne dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür vorlagen. Das Gleiche trifft zu auf die Veranschlagung und den Beginn der Baumaßnahme Umgestaltung Brooktorkai durch die Behörde für Stadtentwicklung



Grundsteinlegung der neuen Katharinschule in der HafenCity am 5.12.2007

und Umwelt. Auch die Behörde für Schule und Berufsbildung hat ihre Sündenfälle auszuweisen: »Ohne Nachweis der Wirtschaftlichkeit hat die Behörde für Schul- und Berufsausbildung bei der Verlagerung der Grundschule Chemnitzstraße anstelle des ursprünglich für rund 5 Mio. Euro geplanten Umbaus der Gebäude einer aufgegebenen Gesamtschule für rund 15 Mio. Euro einen Neubau errichtet... Darüber hinaus wurde die Bürgerschaft insoweit unvollständig unterrichtet, als die Gesamtkosten des Projekts im Haushaltsplan unvollständig angegeben und für die Sporthalle um 800.000 Euro überhöhte Baukosten angegeben wurden. Ferner hätte die Baumaßnahme nicht ohne Bau- und Kostenunterlagen begonnen werden dürfen.«

Dies ist auch mein Eindruck: Der schwarz-grüne Senat ignoriert das Budgetrecht der Bürgerschaft. Immer stärker stellt sich die Frage: Wie kann die permanente Missachtung der Hamburger Verfassung beendet werden?

Keine Überprüfung der Leuchtturmprojekte

Der Landesrechnungshof hatte in seinem Sonderbericht im März 2008 gefordert, dass ausnahmslos alle Investitionsprojekte auf den Prüfstand müssten. In seinem Jahresbericht 2009 beschäftigt er sich allerdings nur mit dem Projekt Architekturhochschule: »Ist es wirklich 58 Mio. Euro Mehrkosten wert, eine Architekturhochschule zur Belebung der Hafencity

hinaus ist in einigen Fällen ihre Beachtung bzw. Berücksichtigung durch die Geschäftsleitungen nicht verbindlich geregelt.« Ein konkretes Beispiel für fehlende oder falsche Zielbilder ist die Hochbahn, die über ihre Tochtergesellschaft Benex in ganz Europa Bahnstrecken aufkauft und dann durch Lohndrückerei »profitabel« macht – statt sich auf ihr Kerngeschäft, die Versorgung Hamburgs mit einem preiswerten öffentlichen Nahverkehr zu konzentrieren.

Noch schlimmer sieht es bei den Unternehmenskonzepten aus. »Demnach liegen Unternehmenskonzepte auf Grundlage der Zielbilder lediglich bei einem Fünftel der Unternehmen vor. Auch bei Unternehmen aus dem Kreis des erweiterten Verantwortungsmodells liegt nur für knapp die Hälfte ein Unternehmenskonzept vor. Nur in acht Fällen ist ein aktuelles, also höchstens fünf Jahre altes Unternehmenskonzept vorhanden.«

Sicher, die Opposition ist herausgefordert, diese Misswirtschaft zu beenden. Aber die parlamentarische Mehrheit von Schwarz-grün verweigert eine gründliche Aufarbeitung der Geschäftspolitik der öffentlichen Unternehmen.

Fazit

Sowohl beim Umgang mit den öffentlichen Finanzen als auch mit den öffentlichen Unternehmen ist der schwarz-grüne Senat seinen Aufgaben nicht gewachsen. Wer so schludrig



Modell der Architekturhochschule

neu zu errichten, statt den vorhandenen Standort Hebebrandstraße funktionsgerecht aus- und umzubauen? ... Ist es wirklich funktionsgerecht und vertretbar, die Verkehrsflächen in dem geplanten Gebäude in der Hafencity auf fast 50% zu erhöhen oder mit einer Vielfalt unwirtschaftlicher Maßnahmen ehrgeizige energetische Zielwerte für diesen Glasbau erreichen zu wollen? Wir fordern, dass alle wesentlichen Optionen mit einer aussagekräftigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung an Senat und Bürgerschaft herangetragen werden.«

Unternehmensführung auf Zuruf

Die Führung der »Hamburg AG« versagt aber nicht nur im unmittelbaren Umgang mit den öffentlichen Finanzen, sondern auch bei der Steuerung ihrer öffentlichen Unternehmen. Hier herrscht offenbar eine Kultur des »Führens auf Zuruf«. So stellt der Landesrechnungshof fest, dass zwei Drittel der öffentlichen Unternehmen über keine Zielbilder verfügen. Soweit vorhanden, stammen sie zudem »überwiegend aus der Mitte der 80er Jahre und können schon deswegen inzwischen eingetretene Entwicklungen nicht berücksichtigen. Darüber

mit Steuergeldern, so undemokratisch mit den parlamentarischen Institutionen umgeht und so fahrlässig die Möglichkeiten der öffentlichen Unternehmen nicht ausschöpft, droht im Wirbel der Wirtschaftskrise, der jetzt auch Hamburg erfasst hat, aus der Bahn geworfen zu werden. Die Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Stadt erfordert entschlossenes politisches Handeln, erfordert Sofortmaßnahmen gegen sozialen Ausschluss und Arbeitslosigkeit, aber auch massive Investitionen in einen Strukturwandel, der der Stadt neue Perspektiven eröffnet. Dabei können auch die öffentlichen Unternehmen (SAGA, GWG bei Wohnungsbau, Hochbahn beim öffentlichen Verkehr etc.) eine wichtige Rolle spielen.

Ob der schwarz-grüne Senat aus der Kritik des Landesrechnungshofs allerdings die notwendigen Schlussfolgerungen zieht, darf nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden. In einem der nächsten Briefe werde ich berichten, welche Wege zur Aufhebung der undemokratischen Praxis meine Fraktion einschlagen will.

Ein weiterer Blick in das alltägliche Grauen



Horrorgeschichte HSH Nordbank

Bitte nicht schon wieder Horrorgeschichten über die HSH Nordbank! Diesen Rat an den Abgeordneten im parlamentarischen Hamsterrad verstehe ich.

Auf der anderen Seite: Die Bank ist ein weitaus größeres Problem für uns als beispielsweise die Elbphilharmonie. Zur Rettung wurden im Juni 2008 insgesamt 2.000.000.000.000 Euro in dieses Fass ohne Boden eingeschossen. Jetzt taucht die Allianz von Bankern und schwarz-grünen PolitikerInnen wieder auf und fordert: Lasst uns das Schlimmste verhindern und gebt der Bank neues Geld! Ich bin gegen diese Praxis. Warum? Für den neuen Kapitaleinschuss der FHH in Höhe von 1.500.000.000.000 Euro könnten wir uns fast drei Elbphilharmonien kaufen oder rund 200.000 Arbeitsplätze sichern und/oder neue schaffen. Trotzdem ist es nicht leicht, diese Einstellung durchzuhalten. Ich gebe ein Gespräch mit einem Journalisten wieder:

Hamburg und Schleswig-Holstein wollen die HSH Nordbank retten und das Eigenkapital aufstocken. Was stört Sie daran?

Ein wichtiger Punkt ist die Geheimniskrämerei der schwarz-grünen Landesregierung in der Hansestadt und der Großen Koalition in Kiel. Seit Monaten wird den Parlamenten die Vorlage der Ergebnisse einer Sonderprüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gefordert; bislang müssen sich die Parlamente mit Pressemitteilungen begnügen. Ein weiterer Punkt ist, dass jetzt drei Milliarden Euro als Eigenkapital in die Nordbank nachgeschossen werden sollen, die weder Schleswig-Holstein noch Hamburg haben. Daher müssten sich beide Länder neu verschulden. Drittens stört mich die Unverhältnismäßigkeit beim Bekämpfen der Krise. Drei Milliarden für die Rettung einer Bank müssen in den Zusammenhang gestellt werden, dass Hamburg mit 250 Millionen Euro pro Jahr für 2009 und 2010 die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zurückdrängen will.

Auch der Bund in großem Maßstab und andere Länder verschulden sich enorm.

Das ohnehin klamme Schleswig-Holstein hat bereits einen Milliardenkredit für die Rettung der Nordbank aufgenommen. Beide Bundesländer haben im Juni 2008 bereits zwei Milliarden frisches Kapital bewilligt. Die Konzentration in der Anti-Krisenpolitik auf den Finanzsektor ist falsch. Ich plädiere seit Monaten dafür, dass die Nordbank geschlossen wird. Statt, wie jetzt vom Management geplant, die Bank zu einer Regionalbank zu schrumpfen und mehr als die Hälfte des Personals zu entlassen, sollte man die Bank zumachen und geordnet abwickeln. Es ist mittlerweile offenkundig, dass die nationalen Bankensysteme nur durch eine umfassende Übernahme in öffentliche Regie saniert werden können.

Sie fürchten ein Fass ohne Boden?

Ja. Der Rettungsplan von Bankboss Nonnenmacher basiert letztlich auf der Annahme, dass nach den schwierigen Jahren 2009 und 2010 die weltweite Bankenkrise überwunden sei. Man werde auch 2009/2010 weitere Wertberichtigungen und Abschreibungen vornehmen müssen, aber Verluste in der bisherigen Größenordnung werde es wahrscheinlich nicht mehr geben. Diese Einschätzung bezweifle ich. Die Landesbank ist ein Fass ohne Boden. Und trotz neuem Kapital von drei Milliarden und einer Garantie von 10 Mrd. Euro aus der Staatskasse bleibt ein hohes Risiko, dass im Laufe des Jahres weitere Verluste anfallen und von den öffentlichen Eigentümern übernommen werden müssen.

Was passiert bei einer »geordneten Abwicklung« mit den 4.300 Stellen?

Allein Hamburg muss sich im Laufe von 2009 auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von rund 30.000 BürgerInnen einstellen. Laut Sozialsenator bedeutet eine Erhöhung der Er-

werbslosenzahl um 2.000 Mehraufwendungen im Sozialbereich von 15 Mio. Euro. Die LINKE forderte daher im Rahmen der Haushaltsberatungen die Einrichtung eines Notfonds von 225 Mio. Euro und eine entsprechende Ausstattung für 2010. Außerdem muss Hamburg im Rahmen der Konjunktur- oder Strukturmaßnahmen zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückkehren. Ein wichtiger Aspekt der Auseinandersetzung ist, dass es nicht nur um einen Rettungsschirm für Finanzinstitute gehen kann. Wir brauchen wirksame Maßnahmen für die öffentliche Infrastruktur, zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung.

Haben Sie einen Vorschlag für die Verwendung der drei Milliarden, die beide Bundesländer gewissermaßen einsparen könnten?

Im Rahmen der Konjunkturprogramme reden wir über die Sanierung von maroden Schulgebäuden, die laut Senat eine Summe von 3-4 Mrd. Euro erfordern. Wir haben einen immensen Verfall bei Sportstätten und Turnhallen. Die Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen ist erklärtermaßen unzureichend.

Und die Situation der Krankenpflege und Betreuung älterer BürgerInnen vor allem im Pflegefall schreit auch nach Verbesserungen. Wir werden die schwere Krise nur bewältigen, wenn neben der Sanierung des Finanzsystems auch neue Strukturen in der öffentlichen und sozialen Infrastruktur geschaffen werden. Und wenn Armut und soziale Spaltung nicht länger finanzpolitisch toleriert werden.

Schlechte Presse?



Biedere Oppositionsarbeit: Fraktionsmitglieder auf der Demo am 12.2.

Als LeserIn dieses BürgerInnenbriefes wissen Sie, dass ich mich durchaus als einen parlamentarischen Hamster sehe, der immer wieder in das bereit gestellte Rad hineinschlüpft und mit den bescheidenen Mitteln der Fortbewegung einige Dinge in der FHH zu verbessern sucht. Vor allem – daher auch diese Briefe – versuche ich, das mediale Schweigekartell zu durchbrechen. Zur zweiten wichtigen Erfahrung des einjährigen Parlamentsdaseins gehört die Beurteilung durch die Presse. Ich will jetzt nicht von der BILD-Zeitung, dem Abendblatt oder der Morgenpost reden. Lassen Sie uns gemeinsam einen Blick auf eine der herausragenden »Federn« der alternativen Presse (taz-hamburg) werfen. Marco Carini, früher einmal Pressesprecher der Regenbogen-Gruppe, beurteilt die Arbeit der Fraktion und damit mein Engagement wie folgt:

Ganz brav gestrandet

Nach knapp einem Jahr ist die Hamburger Linksfraktion im realpolitischen Bürgerschafts-Prozedere angekommen. Biedere Sacharbeit gilt ihr inzwischen mehr als spektakuläre Aktionen, kleine Anfragen mehr als große Auftritte.

Der Start geriet holprig. Als der Neu-Abgeordnete Mehmet Yıldız die Abgeordneten aller Parteien im April 2008 mit »Liebe Genossinnen und Genossen« begrüßte, wurde das noch mit allgemeinem Gelächter quittiert. Dass seine Fraktionskollegin Christiane Schneider kurz darauf aber den Dalai Lama mit dem Ayatollah Chomeni verglich, sorgte für einen Eklat. Ein Trommelfeuer der anderen Parteien und der Medien ging auf Schneider und ihre Fraktion nieder.

Zehn Monate später kommt Mehmet Yildiz das Wort »Genosse« im Rathaus nicht mehr über die Lippen – und Christiane Schneider meidet historische Vergleiche. Nahezu humor-, aber auch skandalfrei ist die achtköpfige Linksparteifraktion im Parlamentarismus angekommen.

Brav, beharrlich, ja fast bieder verrichtet sie ihre Oppositionsarbeit – und hat inzwischen Anerkennung gewonnen bei Schwarzen, Grünen und Sozialdemokraten, die die Linke anfangs nur als Fremdkörper empfanden und genauso behandelte.

»Die Linkspartei ist in Hamburg zur Opposition geworden«, betont ein grüner Abgeordneter und fügt hinzu: »Sie erinnern mich manchmal an die Anfänge unserer Partei.« Tatsächlich ist die Linkspartei im Begriff, einer permanent schwächelnden SPD in Hamburg den Rang abzulaufen. Und im Kurt-Schumacher-Haus, der Hamburger SPD-Zentrale, denkt man inzwischen ganz offen über zukünftige rot-rote Regierungsbündnisse nach, die die Partei noch vor einem Jahr kategorisch ausschloss.

Doch anders als die GAL der achtziger Jahre verzichteten die mit 6,4 Prozent der Wählerstimmen ausgestatteten Linken konsequent auf Klamauk und spektakuläre Aktionen. Nahm der frühere grüne Frontmann Thomas Ebermann schon mal ein winterliches Bad in der Elbe, um für Aufmerksamkeit zu sorgen und ließ die GAL-Fraktion aus Protest gegen eine Diätenerhöhung schon mal Säcke falscher Geldscheine vom Balkon der Bürgerschaft regnen, setzt die Linksfraktion konsequent auf parlamentarische Kleinarbeit, abseits großer Medienauftritte. Kein Thema, zu dem sie nicht Stellung bezieht: 194 kleine Anfragen, 75 Anträge und rund 330 Presseerklärungen hat die Fraktion innerhalb der vergangenen elf Monate verfasst. Bienenfleißig wühlt sie sich inzwischen kleinteilig durch das Thementableau des bürgerlichen Parlamentarismus.

Auch wenn ihre Anträge stets abgelehnt werden, kann die Fraktion einige kleinere Erfolge verbuchen: Ihre Arbeit trug dazu bei, Pläne über eine mögliche Verlagerung der Universität publik zu machen, aber auch die Praxis zu stoppen, dass jeder beantragte Info-Stand von den Bezirken an den Verfassungsschutz gemeldet wird.

Für Fraktionschefin Dora Heyenn sind das »beachtliche Erfolge innerhalb kurzer Zeit«. Die Wähler aber honorieren diese Aktivitäten nur halbherzig: Jüngsten Umfragen zufolge liegt die Linke genau dort, wo sie vor einem Jahr stand: Zwischen sechs und sieben Prozent. Die Zeit der Aufregtheit ist vorbei. Nach einem Jahr ist die Linke in den Mühlen des Parlamentarismus angekommen – als »Wettbewerber« in der Parteiendemokratie. Die Integration der Schmutzkinder von einst hat begonnen: Ausschuss-Marathons und Aktenberge decken die mehr oder weniger systemoppositionellen Abgeordneten mit Arbeit ein. Die Annäherung der SPD, die sich Macht-Optionen jenseits der großen Koalition eröffnen muss, trägt zur weiteren Domestizierung bei. Linke, ihr dürft nun mitspielen!

Für die Linke selbst führt die Integration zur Stagnation: Zwar zeigt der real existierende Kapitalismus existenzielle Krisenerscheinungen, haben Themen wie Verstaatlichung, bislang dem marxistischen Waffenarsenal zugeordnet, plötzlich Konjunktur – doch profitieren kann davon vor allem die FDP als Hüterin des crashenden Systems. Das mag paradox erscheinen – zeigt aber, dass die Finanz- nicht als Systemkrise empfunden und marktradikalen Lösungen mehr zugetraut wird als linksradikalen.

Will die Linke keine Chance vertun, muss sie jetzt eigene Wege aus der Krise entwickeln, eigene Alternativen zum als soziale Marktwirtschaft getarnten Turbokapitalismus. Tut sie das nicht, wird sie im besten Fall die Nachfolge der SPD antreten. Und sich im schlechtesten Fall überflüssig machen.

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße

von Antje Schellner

Der Saal im Wilhelmsburger Bürgerhaus war am Abend des 18.2. brechend voll. Geschätzte 600 bis 700 Menschen füllten die Stuhlreihen und die Stehplätze an den Wänden.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk begann mit einem pädagogischen Trick: In schönsten Grafiken sollte den WilhelmsburgerInnen von Herrn Friewald, dem Leiter des Amtes für Verkehr und Straßenwesen, die Verlegung der Reichsstraße an die Eisenbahngleise schmackhaft gemacht werden. Gebetsmühlenartig (insgesamt sieben Mal an diesem Abend) und bei jeder Gelegenheit wiederholte und verkündete Frau Hajduk die mittlerweile von der BSU wohl einzig verfolgte Planung, eine vom Bund finanzierte Bundesstraße als »einmalige Chance für Wilhelmsburg« zu begreifen und daher zu verlegen. Gleich mehrere WilhelmsburgerInnen kritisierten dagegen, dass der Lärm entlastende Effekt höchstens für den Westen zu verzeichnen sei, dem Osten aber ein erhebliches Maß an Mehrbelastung aufgebürdet werden würde.

Auf dem Podium plädierten neben Senatorin Hajduk die Herren Hellwig (Geschäftsführer der IBA) und Kirschstein (Geschäftsführer der Süderelbe Logistik) sowie Hans-Jürgen Maas für die Verlegung der Reichsstraße, während Michael Rothschuh (für die Bürgerinitiative Zukunft Elbinsel) als einziger verschiedenste Einwände geltend machte. Bei der ungleichen Besetzung des Podiums liegt die Vermutung nahe, dass dieses überwiegend Frau Hajduk unterstützen und der Bevölkerung ins Gewissen reden sollte.

Die Beiträge und Fragen aus dem Publikum waren jedoch von einem derart qualifizierten Fachwissen und einer jahrelangen Erfahrung im stadtentwicklungspolitischen Diskurs gekennzeichnet, dass sie von keinem der offiziellen VertreterInnen und deren Experten so einfach argumentativ zu übertrumpfen waren. Frau Hajduk hat an diesem Abend viel Kritik einstecken müssen, ihre Ehrlichkeit wurde von den Anwesenden offen angezweifelt. Insbesondere das auffällige



Abrücken der GAL von den BürgerInnenbewegungen vor Ort nach Regierungsantritt in Hamburg und die gebrochenen Versprechungen (fast genau vor einem Jahr hatte Frau Hajduk erklärt, dass es mit ihnen in der Regierung kein Moorburg geben würde) wurden Frau Hajduk an diesem Abend immer wieder zum Vorwurf gemacht. Aber auch das gewachsene Vertrauensdefizit gegenüber der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) war wiederholt Thema. »Man nimmt uns, was wir behalten wollen, und gibt uns, was wir nicht haben wollen«, so drückte ein Einwohner seinen Unmut aus.

Aktuell entspringt das Misstrauen dem Umstand, dass die Hafenuerspanne und die Verlegung der Reichsstraße quasi getrennt betrachtet und vermittelt werden, obwohl doch befürchtet wird, dass der Bau der Hafenuerspanne die Umwidmung der Reichsstraße in eine Autobahn zur Folge hätte. Dies lässt eine Salamtaktik vermuten, bei der keiner weiß, was da in den Planungsbüros der BSU noch so gärt.

Manuel Humburg von der Bürgerinitiative Zukunft Elbinsel fragte, »ob diese Veranstaltung eine Verkündigung sei oder ob es hier noch um einen ergebnisoffenen Dialog geht?« Irgendwie gibt es auf solche Fragen nie klare Antworten, jedenfalls drücken sich die Verantwortlichen vor einer klaren Stellungnahme.

Unmut und Unverständnis herrschten auch darüber, dass eine Stadt zwar bereit ist, die Elbphilharmonie und die HSH-Nordbank mit Millionen und Milliarden zu bezuschussen, während für die bevölkerungsnahen Stadt- und Straßent-

wicklung kein oder nur wenig Geld in die Hand genommen wird. Die bestehende Hauptforderung der WilhelmsburgerInnen ist daher unverändert, endlich und unter Einbeziehung der Bevölkerung ein Gesamtkonzept für den Stadtteil zu erstellen, das auf einer umfassenden Verkehrsanalyse basiert und für das die Kooperation und Abstimmung aller beteiligten Behörden (BSU, HPA, Finanzbehörde wg. Grundstücksverkäufen) Voraussetzung ist.

Frau Hajduk versprach den Anwesenden, in Bälde für eine Veranstaltung wieder zu kommen, auf der Hafenuerspanne und Reichsstraße gemeinsam diskutiert werden. Die WilhelmsburgerInnen zweifelten allerdings an, ob dann überhaupt noch etwas zu beeinflussen wäre.

Auch die Beantwortung der Frage von Michael Rothschuh, was denn aus der zu prüfenden zweiten Lösungsvariante, einer Umgehungsstraße für Wilhelmsburg, geworden sei, blieb irgendwie schwammig. Der Kommentar in der Art eines ggfs. zurückgeholten Arbeitsprozesses war wenig aufschlussreich. Ob sich Frau Hajduk an diesem Abend auch nur einen Millimeter bewegt hat, lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht so recht beurteilen. Distanziert betrachtet wird in der BSU offenbar aber der Versuch, die Bevölkerung in die von der Behörde bevorzugten Lösungen mit hineinzunehmen.

Nun ist die Frage, wie sich die WilhelmsburgerInnen für die leider terminlich immer noch nicht feststehende, geplante öffentliche Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss positionieren.

Erste Kommunale

Nach einem halben Jahr des Engagements können sich die St. GeorgerInnen rühmen, in den nächsten Tagen Hamburgs erste Kommunale Litfaßsäule einzuweihen. Sie erinnern sich? Die Säule - von der »Hamburger Außenwerbung« (Ströer) zum Abriss vorgesehen - konnte durch den Einsatz engagierter BewohnerInnen gesichert werden. Der »Merkposten« an der Langen Reihe wird einer örtlichen Interessengemeinschaft unter Federführung der Geschichtswerkstatt zunächst und kostenfrei für ein Jahr überlassen, um hier eine zentrale Anschlagstelle für stadtteilbezogene Informationen und Ankündigungen zu schaf-



Litfaßsäule

fen. Am **Dienstag, dem 24. Februar, um 17.30 Uhr**, ist es soweit: Auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz werden die Mitglieder der örtlichen Geschichtswerkstatt nochmals den Quast schwingen, um das letzte von insgesamt knapp 20 Stadtteilplakaten anzubringen. Und dann steht sie, wie aus dem Ei gepellt, mit vielen Stadtteil-Informationen, Tipps und Terminen für den Monat März. Wer Lust hat, sich dieses kleine Spektakel anzuschauen, sollte sich den Termin vor-

»In den Tod geschickt«



Der Hanoversche Bahnhof früher

Hochbetagten HamburgerInnen ist er noch ein Begriff: der Hanoversche Bahnhof am Lohseplatz nahe der Speicherstadt. 1872 als Pariser oder Venloer Bahnhof eröffnet, bildete er bis zur Einweihung des Hauptbahnhofs Ende 1906 den Ausgangspunkt für alle nach Süden abgehenden Personen- und Güterzüge, danach wurde er lange Zeit nur noch als Güterbahnhof genutzt. Seine etwas randständige Lage mag mit dazu beigetragen haben, dass von diesem Hanoverschen Bahnhof aus zwischen 1940 und 1945 insgesamt mindestens 7692 Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis deportiert wurden.

Nach jahrzehntelangem Verschweigen der Bedeutung dieses Deportationsbahnhofs und dem voranschreitenden Verfall ist der Senat seit 2004 darum bemüht, die letzten baulichen Überreste zu sichern und bis spätestens 2018 hier eine würdige Gedenkstätte verbunden mit einem Ausstellungs- und Informationszentrum zu schaffen. Es gilt, die wenige hundert Meter weiter entstehende, gigantomanische HafenCity nicht ganz so geschichtslos erscheinen zu lassen, wie sie sich heute schon darstellt. Aber auch HistorikerInnen und Opferverbände sind in den vergangenen Jahren nicht müde geworden, eine solche Gedenkstätte am geschichtsträchtigen Ort, in fußläufiger Entfernung von der Innenstadt, einzufordern. Auch wenn ein gutes halbes Dutzend weiterer Hamburger Bahnhöfe – allerdings in weitaus geringeren Dimensionen – ähnlichen Zwecken diene, ist der Lohseplatz doch der geeignete Ort, an die unmenschlichen Deportationen, die Rolle verschiedener Unternehmen, der Behörden sowie der Eisenbahn zu erinnern. Vom Hanoverschen Bahnhof aus startete am 20. Mai 1940 der erste Deportationszug mit 910 Sinti und Roma ins Vernichtungslager Belzec, der zwanzigste und letzte ging noch am 14. Februar 1945 mit 194 jüdischen BürgerInnen nach Theresienstadt ab.

Am 17. Februar ist nun eine unter Leitung von Dr. Linde Apel entwickelte Ausstellung im „Kunsthaus Hamburg“ eröffnet worden, die erstmals das gemeinsame Gedenken an die deportierten und ermordeten Juden, Sinti und Roma ermöglicht: „In den Tod geschickt: Die Deportation von Juden, Roma

und Sinti aus Hamburg in den Jahren 1940 bis 1945“. Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15; Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 4 Euro, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Die Ausstellung läuft noch bis zum 26. April 2009.

Ich empfehle allen LeserInnen dieses BürgerInnenbriefes, diese wichtige Ausstellung anzuschauen und sich – vielleicht anschließend – ein Bild vom gegenwärtigen Zustand des bedrückenden Lohseplatzes zu machen, der in knapp zehn Minuten Fußmarsch vom Kunsthaus zu erreichen ist. Ich verweise auch auf den Ausstellungsband mit vielerlei neuen Informationen über die Deportationen und die Vortragsreihe, die die Ausstellung begleitet (zu finden unter www.deportationsausstellung.hamburg.de).

Dass in dieser Ausstellung der Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg erstmals beider Opfergruppen gemeinsam gedacht wird, ist erfreulich. In der Ausstellung wird auch die Leidens- und Überlebensgeschichte des Hamburger Sinto Walter Winter dargestellt, der die Konzentrationslager Auschwitz, Ravensbrück und Sachsenhausen überlebt hat. Dessen Biografie hat die Hamburger Autorin Karin Guth, die sich seit mehreren Jahren intensiv mit dem Thema privater und öffentlicher Erinnerung beschäftigt, unter dem Titel »Z 3105. Der Sinto Walter Winter überlebt den Holocaust« soeben im VSA: Verlag publiziert.

Am 19. März um 19:00 Uhr wird sie aus ihrem Buch im Rahmen der die Ausstellung begleitenden Vortragsreihe lesen.



Merckstift: Spekulanten laufen Amok

Mit welch rüden Methoden die Immobilienwirtschaft vorgeht, zeigt sich gerade an einem eklatanten Fall in St. Georg. Dort hat die weltweit agierende »Savills Immobilien Management Hamburg GmbH« – deren Hamburger Niederlassung in der Wendenstraße 29 vom einschlägig bekannten Stephan Berger geleitet wird – kurzerhand allen BewohnerInnen des Merckstifts in der Knorrestraße 9 gekündigt. Und zwar per Schreiben vom 28. Januar mit Wirkung zum 28. Februar! Betroffen sind davon rund 25 BewohnerInnen, überwiegend Studierende und einige HartzIV-EmpfängerInnen, die dort in kleinen Zimmern teilweise schon seit sieben, acht Jahren zu einer halbwegs erschwinglichen Miete leben.

Die gerade einmal vierwöchige Kündigungsfrist ist nach übereinstimmender Meinung der beiden Mietervereine – des »Mietervereins zu Hamburg« und von »MieterInnen helfen MieterInnen« – völlig indiskutabel, unzulässig und unwirksam. Doch die Savills-Spekulanten ficht das nicht an. Kaum haben 15 BewohnerInnen gegen die Kündigung Widerspruch geltend gemacht, legt diese feine Firma nach, fährt ihre Rechtsanwältinnen auf und kündigt zum 31. März vorsorglich gleich zum zweiten Male, und zwar mit diesem pikanten Zusatz: »Sollten Sie nicht zum vertragsgemäßen Zeitpunkt, mithin den 28.2.2009, die von Ihnen gemieteten Räumlichkeiten geräumt an unsere Mandanten bzw. deren Hausverwaltung zurückgegeben haben, weisen wir schon jetzt darauf hin, dass Sie für die hieraus resultierenden Schäden wegen Verzögerungen der Baumaßnahme etc. auf Schadenersatz haften.« Mit diesen völlig haltlosen Behauptung versucht die Savills offenbar, massiven Druck auszuüben und die BewohnerInnen in Angst zu versetzen. Und tatsächlich haben einige wenige bereits eine andere Bleibe gesucht.

Mit einer Kleinen Anfrage an den Senat (Bürgerschafts-Drucksache 19/2160) habe ich versucht, etwas mehr Licht in die Angelegenheit zu bringen. Laut Antwort vom 13. Februar hat der Bezirk Hamburg-Mitte zwar am 2. Januar 2008

einen Bauvorbescheid erteilt, aber bis heute lägen weder ein Bau- noch ein Abrissantrag für das betreffende Gelände bzw. das Merckstift vor. »Das Bezirksamt hat im Vorbescheid zur Bedingung gemacht«, heißt es da völlig eindeutig in der Senatsantwort, »dass das Gebäude erhalten werden soll. Dem Bezirksamt liegt kein Abrissantrag vor. Er würde nach derzeitigem Sachstand auch nicht genehmigt werden.« Im Klartext: Die Savills begründet ihre Kündigung mit einer völligen Luftnummer – nach dem Motto: es stand doch schon in der Zeitung – und missachtet zudem alle MieterInnenrecht und Kündigungsfristen.

Mittlerweile sind die skandalösen Vorgänge in St. Georg bekannt geworden, und Empörung macht sich breit. Eine erste, vom Einwohnerverein für den 18. Februar anberaumte Solidaritätskundgebung wurde von rund 90 Menschen besucht, unter ihnen auch Sylvia Sonnemann von »MieterInnen helfen MieterInnen« und Eckard Pahlke vom »Mieterverein zu Hamburg«. Auf Einladung der HausbewohnerInnen tauschte man sich anschließend im Merckstift über die Situation und das weitere Vorgehen aus. Ich habe die Kundgebung in meiner Nachbarschaft besucht und kann nur dem St. Georger Bezirksabgeordneten der LINKEN, Bernhard Stietz-Leipnitz, zustimmen, der sich während der Kundgebung nachdrücklich gegen die durch Spekulationsabsichten motivierten Entmietungsversuche aussprach.

Die Forderungen der Bewohnerschaft und der Stadtteilinitiativen sind klar und eindeutig: Die Kündigungen müssen von der Savills sofort zurückgenommen werden! Das Merckstift darf nicht abgerissen werden! Die günstigen Zimmer zur Miete müssen erhalten und die teilweise unzulänglichen Gemeinschaftseinrichtungen umgehend saniert werden! Um diese auch von mir unterstützten Forderungen wird es auf der nächsten Sitzung des St. Georger Stadtteilbeirats am Dienstag, dem 24. Februar, um 18.30 Uhr, in der Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule (Carl-von-Ossietzky-Platz) gehen.



Michael Joho, Sylvia Sonnemann, Eckard Pahlke sind solidarisch

Aus dem Leben gerissen



Babette Hass
1968-2009



Marcus Donath
1968-2009

Wir trauern um Babette Hass und Marcus Donath, die am Sonntag, dem 15. Februar 2009, durch einen tragischen Verkehrsunfall ums Leben kamen.

Beide wurden nur 40 Jahre jung. Beide waren mit viel Dynamik in ihrem persönlichen, beruflichen und politischen Engagement ausgestattet, mit konkreten Vorstellungen für ihre beruflichen und politischen Ziele in Gegenwart und Zukunft. Wo sie waren, war Bewegung und Lebensfreude!

Babette war seit 2003 an der IHR Schule Hermannstal (Horn-Billstedt) als Lehrerin tätig. Im Juli 2007 trat sie in die Partei DIE LINKE. ein. Sie hat sich im April 2008 für den Bezirksvorstand beworben und wurde mit großer Zustimmung gewählt. Ihr lag die praktische Arbeit im sozialen Brennpunkt sehr am Herzen, besonders die unhaltbaren Zustände im Bildungsbereich haben ihr Handeln geprägt. Ihr war die Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik der Partei ein wirkliches Bedürfnis. Sie hat den Streit in der Sache nicht gescheut; sich gegen Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit gestellt, ohne dabei Moderation und Konfliktbearbeitung aus den Augen zu verlieren.

Als leitender Mitarbeiter der staatlichen Einrichtung REBUS, deren Aufgabe die Betreuung derjenigen Schüler

Die Beerdigung von Marcus Donath findet 24.2. um 14.00 Uhr in der Geniner Dorfkirche (St. Georg) in Lübeck-Genin statt. Babatte Hass wird am 25.2. um 12.30 Uhr auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt. Statt Blumen und Kränze wird um eine Spende für den Förderverein REBUS Billstedt e.V auf das Konto 1305120113 bei der Hamburger Sparkasse (BLZ 20050550) gebeten.

ist, die in den Regelschulen auffällig werden, war Marcus mit den Problemen in den Stadtteilen Billstedt, Hamm und Horn hautnah verbunden gewesen. Die Lage der ausgegrenzten Menschen in den sozialen Brennpunkten war sein berufliches und politisches Kampffeld.

Marcus war seit früher Jugend politisiert und hat sich – aus linken familiären Bezügen kommend, immer solidarisch und kritisch zugleich – für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts eingesetzt. Sein klares Bekenntnis zum sozialistischen Ziel, als Einsicht in die Notwendigkeit, hat seine Arbeit geprägt. Als Gründungsmitglied der LINKEN hat er zunächst Aufgaben im Bezirksvorstand und anschließend als Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte übernommen. Seine selbstlose, offene Art hat ihn zu einem der beliebtesten Politiker über die Grenzen des Bezirks hinaus gemacht. Seine geistigen Reisen durch Geschichte und Gegenwart der lokalen Alltags- wie auch der Weltpolitik korrespondierten mit seinen realen Reisen durch die Weltgeschichte: Ob Kuba, Venezuela, Nicaragua, Syrien, Israel, Simbabwe, Bulgarien oder die Ukraine – Marcus schien überall zu Hause zu sein.

Für den Vorstand und die Fraktion in Hamburg-Mitte klaffen zwei große Lücken, die sowohl persönlich als auch politisch nicht einfach zu schließen sind.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.